

Sozialstandards

- Saisonarbeiter werden in immer mehr EU-Mitgliedstaaten zu Bedingungen beschäftigt, die unter den ortsüblichen regionalen und tariflichen Bedingungen liegen. EFFAT bekräftigt, dass Saisonarbeit für die Landwirtschaft der EU notwendig ist. Aber der immer noch unzureichende Status der Saisonarbeiter erschwert die Verhinderung von Sozialdumping.
- Migration ist ein Phänomen in der Landwirtschaft der EU, welches von den Europäischen Institutionen immer noch nicht ausreichend erkannt wird. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Kommission handelt es sich bei landwirtschaftlichen Migranten in der Regel nicht um Personen, die ihr Herkunftsland verlassen und sich auf Dauer im Zielland niederlassen. Dagegen handelt es sich zumeist um Arbeitnehmer, die für eine befristete Dauer eine Beschäftigung in der Landwirtschaft eines EU-Mitgliedstaates suchen. Die umfangreichen Arbeiten der EFFAT, des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses haben bis heute nicht dazu geführt, dass der Rat oder die Kommission Lösungen gegen das umfangreiche Sozialdumping in diesem Bereich entwickelt haben. Dies ist jetzt aber dringender denn je nötig.

Arbeitsschutz

- Landwirtschaftliche Tätigkeiten gehören immer noch zu den gefährlichsten Arbeiten in der Landwirtschaft der EU. Arbeitnehmer sind vielfältigen Gefahren ausgesetzt. Es ist deshalb sinnvoll, Förderungen, die Betriebe aus der GAP erhalten, direkt mit der Abwendung von Unfallgefahren zu verbinden. Subventionen, die Betrieben mit hohen Unfallzahlen vorenthalten werden, sollten national für Präventionsaufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Der Globale Aspekt

- Die Unterstützung Europas ist unentbehrlich für die Entwicklungsländer. Sie sollte sich in einer kohärenten GAP zeigen, die keinen Platz für Dumpingpreise lässt, die diese Länder in die Knie zwingen. Europa muss eine Produktion in diesen Ländern fördern, die auf sozialen und ökologischen Kriterien basiert und z.B. Kinderarbeit oder Pestizidmißbrauch ausschließt. Freiwillige Zertifizierungsansätze wie der „Forest Stewardship Council“ (FSC) im Forstbereich oder das „Flower Label Program“ (FLP) im Blumenanbau sollten gefördert werden.

effat

Entwurf

EFFAT-Basisdokument zur Überprüfung der AGENDA 2000

(Mid-Term-Review)

EFFAT – Europäische Föderation der Gewerkschaften des
Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektors
38, Rue Fossé-aux-Loups, B – 1000 Bruxelles
Tel : +32.22.18.77.30 ; Email : effat@effat.org

Der Rat der Staats- und Regierungschefs hat im März 1999 beschlossen, die Marktordnungen Getreide, Ölsaaten, Milch und Rindfleisch sowie die Agrarausgaben der EU einer Halbzeitbewertung – Mid-Term-Review – zu unterziehen. Die Mitgliedstaaten legen in den kommenden Wochen ihre Vorschläge dazu vor.

Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, die GAP und die Folgen der AGENDA 2000 jetzt zu bewerten und Fehlentwicklungen durch eine Bewertung der AGENDA 2000 – den sogenannten „Mid-Term-Review – zu mindern. Gründe dafür sind :

- die WTO-Verhandlungen über ein neues Agrarabkommen,
- die geplante Erweiterung der EU voraussichtlich im Jahr 2004,
- die Ergebnisse der Welternährungskonferenz von 1996,
- die Vereinbarungen in der Agenda 21 zur nachhaltigen Entwicklung.

Doch auch BSE, MKS und die Skandale im Futtermittel- und Tierarzneimittelbereich haben das Vertrauen der Verbraucher in die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel erschüttert.

Deshalb setzt sich EFFAT für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die Beschäftigung und Einkommen sichert, die natürlichen Stoffkreisläufe berücksichtigt, einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft leistet und die natürlichen Ressourcen schont.

Viele Massnahmen werden nicht ausreichend genutzt. Chancen für mehr Beschäftigung, höhere Qualitätsstandards und einen verbesserten Schutz der Umwelt werden dadurch vertan.

Deshalb fordert EFFAT eine Diskussion über folgende Massnahmen und Instrumente :

Horizontale Massnahmen

- **Modulation** ist ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Beschäftigung in der Landwirtschaft; sie ist deshalb obligatorisch einzuführen.
- **Vorruhestand** für landwirtschaftliche Arbeitnehmer ist ein zentrales Instrument zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer landwirtschaftlicher Arbeitnehmer und trägt dazu bei, jungen Arbeitnehmern einen neuen Arbeitsplatz zu bieten; sie ist deshalb obligatorisch einzuführen.

- **Qualifizierung** ist eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verwirklichung einer multifunktionalen Landwirtschaft; Subventionen landwirtschaftlicher Betriebe sind deshalb grundsätzlich an den Nachweis ausreichender Qualifizierungen zu binden.

EU-Osterweiterung

- Die ökonomischen Massnahmen der AGENDA 2000 in Bezug auf die Erweiterung sind unzureichend.
- auf der sozialen Ebene müssen stabile und solide Übergangsbedingungen geschaffen werden.
- EFFAT fordert Untersuchungen über die Auswirkungen des Beitritts auf die Entwicklung der Einkommen und die weitere strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft adäquat der Untersuchungen über die Entwicklung der Märkte.
- EFFAT fordert hinreichende Mittel für den Aufbau des Sozialen Dialogs und paritätischer Strukturen in diesen Ländern.

Beteiligung der Arbeitnehmer

- Arbeitnehmer sind wichtige Partner einer modernen Landwirtschaft. Sie müssen deshalb in Fragen der betrieblichen und lokalen Entwicklung der Landwirtschaft informiert und konsultiert werden. Da aufgrund der in der Regel kleinbetrieblichen Struktur der Landwirtschaft – im Gegensatz zu anderen gewerblichen oder industriellen Strukturen – eine solche Beteiligung der Arbeitnehmer nicht auf betrieblicher Ebene stattfinden kann, setzt sich EFFAT ein für die Einrichtung regionaler Informations- und Konsultationsstrukturen. Die im Vereinigten Königreich und Schweden existierenden regionalen Repräsentanten sind Modell für eine solche Struktur.
- Arbeitnehmer sind in den Beratenden Ausschüssen der GD Landwirtschaft der EU-Kommission nicht ausreichend vertreten. Dabei ist ihre Mitwirkung von besonderer Bedeutung, um frühzeitig die Kommission über betriebliche Situationen zu unterrichten. Vor allem ist es für Arbeitnehmer schwer, Freistellungen von der Arbeit für die Mitarbeit in den Ausschüssen zu erlangen. In der Regel müssen sie sich Urlaub nehmen, der nicht immer gewährt wird.